

VERBAND BERNISCHER BÜRGERGEMEINDEN UND BÜRGERLICHER KORPORATIONEN
ASSOCIATION BERNOISE DES COMMUNES ET CORPORATIONS BOURGEOISES
GEGRÜNDET 1947

Info-Bulletin Nr. 10

Dezember / décembre 2006



Ansicht von Niederbipp, 2006

Zur Zirkulation

Funktion	Datum	Visum
<input type="checkbox"/> Präsident
<input type="checkbox"/> Vizepräsident
<input type="checkbox"/> Schreiber
<input type="checkbox"/> Kassier
<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>
Nach der Zirkulation bitte zurück an

Aus dem Inhalt

Impressum	3
Organe	4
Die Präsidentin hat das Wort	5
Informationen der Geschäftsstelle	7
Hauptversammlung im Mai 2006 in Niederbipp.....	7
Regionalversammlungen im November 2006 / Assemblées régionales d'information 2006.....	8
Vorstandssitzungen 2006	8
Mitglieder / membres	8
Informationen aus den Regionen.....	9
Association des bourgeoisies du Jura bernois	9
Allgemeine Informationen.....	10
Rettet den Schweizer Wald - Initiative Franz Weber.....	10
Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG); Revision: Auswirkungen auf die Burgergemeinden	16
Bundesgesetz über den Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts; Revision	17
Besteuerung von Burgergemeinden für die direkte Bundessteuer	17
Imposition des Communes bourgeois pour l'impôt fédéral direct	17
Infostar	18
Harmonisierungsgesetz	18
Wappenwesen der bernischen Burgergemeinden	19
Armoiries des Communes bourgeois bernoises	19
Informationen des Amtes für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern (AGR); www.be.ch/agr (-> Gemeinden).....	20
Forstreservfonds (Betriebs- und Übernutzungsfonds).....	20
Finanzielle Schwierigkeiten von Burgergemeinden / Früherkennung dank Finanzplanung !	20
Informations de l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire du canton de Berne (OACOT) ; www.be.ch/communes	21
Fonds forestiers (fonds d'anticipation et d'exploitation).....	21
Difficultés financières des Communes bourgeois / les prévoir grâce au plan financier !.....	21
Wichtige Daten / Dates importantes	22
Dank und Ausblick.....	22
Remerciements et perspectives	22
Referat von Prof. Dr. Kurt Nuspliger, Staatsschreiber des Kantons Bern, anlässlich der Hauptversammlung in Niederbipp, 20. Mai 2006	23
Allocution du Prof. Dr. Kurt Nuspliger, Chancelier du canton de Berne, à l'occasion de l'assemblée générale à Niederbipp, 20 mai 2006 (la version originale fait foi):	29
Verband Bernischer Finanzverwalter (VBF); Untergruppe Burgergemeinden www.begem.ch/vbf	34
Association bernoise des administrateurs des finances (ABF); www.begem.ch/abf	35

Impressum

Herausgeber	Verband Bernischer Burgergemeinden und Burgerlicher Korporationen Amthausgasse 5, Postfach, 3000 Bern 7 Telefon 031 328 86 02 Fax 031 328 86 09 vbbg@bgbern.ch
Präsidentin	Vreni Jenni-Schmid
Geschäftsstelle	Andreas Kohli / Marianne de Raemy
Redaktion	Marianne de Raemy
Uebersetzungen	Anne Wilhelm und Martial Grosjean

Organe

Präsidentin	Vreni Jenni-Schmid, Kappelen
Vizepräsident	Ernst Schaad, Oberbipp
Vorstand	Markus Engemann, Thun Heinz Fankhauser, Burgdorf Marianne Glur-Schneider, Roggwil Martial Grosjean, Péry Gino Guerne, Tavannes Franz v.Graffenried, Bern Max Hubschmid, Madiswil Hans-Ulrich Kaiser, Leuzigen Rolf Kramer, Biel Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen Hans Georg Nussbaum, Bern Herbert Seiler, Bönigen
Geschäftsstelle	Verband Bernischer Burgergemeinden und Bürgerlicher Korporationen, Amthausgasse 5, Postfach, 3000 Bern 7, vbbg@bgbern.ch www.svbk.ch (Kantonalverbände, Bern) <i>Geschäftsführer:</i> Andreas Kohli , e-mail: andreas.kohli@bgbern.ch <i>Sekretariat:</i> Marianne de Raemy , e-mail: marianne.deraemy@bgbern.ch Ab 1.1.2007: Andreas Staudenmann , e-mail: andreas.staudenmann@bgbern.ch
Rechnungsführung	Evelyne Banas, e-mail: evelyne.banas@bgbern.ch
Kontrollstelle / Revisoren	Christoph Spichiger, Steffisburg Markus Born, Niederbipp

Die Präsidentin hat das Wort



Am 2. Juni 2007 wird unsere Organisation – anlässlich der Hauptversammlung – mit einem Festakt im Kultur-Casino in Bern das 60-Jahr-Jubiläum unseres Verbandes begehen können.

Und das zur Tradition gewordene Info-Bulletin kann mit dieser zehnten Ausgabe das 10-Jahr-Jubiläum feiern.

An Arbeit hat es uns im VBBG auch in diesem Berichtsjahr nicht gemangelt.

Die Vorstands- und Arbeitsgruppen-Sitzungen waren, z. Teil mit zeitaufwändigen Geschäften und Traktanden bestückt. Ich erinnere hier einmal mehr an die zähflüssigen und nicht immer erfreulichen Verhandlungen i.S. Mutationsmeldungen im Zivilstandswesen, mit dem sich unser Verband nun seit 7 Jahren zu beschäftigen hat.

Wir widmen diesem „Sorgenkind Infostar“ erneut ein Kapitel auf Seite 18 in dieser Ausgabe.

Ferner werden wir uns alle im kommenden Jahr mit der eidg. Waldgesetz-Revision sowie der Initiative von Franz Weber „Rettet den Schweizer Wald“ zu befassen haben. Nach Behandlung der Vorlage in den eidg. Räten wird schlussendlich das Stimmvolk - gesamtschweizerisch - darüber entscheiden. Diese Initiative - mit einem irreführenden Titel - sollte mit aller Achtsamkeit begleitet und dementsprechend an der Urne abgelehnt werden.

An unsern diesjährigen Regionalversammlungen konnten wir uns in dieser Hinsicht von kompetenter Seite darüber informieren und Sie werden eine kurze Zusammenfassung dieses Themas auf Seite 10 in dieser Ausgabe vorfinden. Geben Sie diese wichtigen Informationen unbedingt in Ihren Bürgergemeinden und bürgerlichen Korporationen weiter. Der Einsatz wird sich für uns alle lohnen.

Bitte beachten Sie auch die weiteren Informationen seitens des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) unseres Kantons, diese finden Sie von Seite 20 an in diesem Organ.

Am 1. Juni 2006 ist das revidierte Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG) sowie die Verordnung über das Einbürgerungsverfahren (EBüV) in Kraft getreten. Wichtige Details dazu werden Sie im gleichnamigen Kapitel auf Seite 16 unseres Bulletins vorfinden.

Anlässlich der zweiten Lesung der November-Session 2006 hat der Grosse Rat des Kts. Bern ebenso das Gesetz über die Harmonisierung amtlicher Register (RegG) verabschiedet. Als Mitglied unseres Verbandes dürfte es Sie interessieren, dass es uns gelungen ist, mit guten Vorgesprächen und dank Mitarbeit eines Vorstandsmitgliedes bei der Ausarbeitung der dazu gehörenden Verordnung auch die Interessen (Wahl- und Stimmregister für BG) zu erreichen. Eine Stellungnahme dazu ist auch hier zu finden (Seite 18).

Als Verband eines zweisprachigen Kantons legen wir ebenso Wert darauf, dass all diese wichtigen Informationen von kompetenter Seite zugleich in die französische Sprache übersetzt werden, damit unsere francophonen Mitglieder sich in ihrer Muttersprache über den Inhalt informieren können.

Erneut konnten wir auch in diesem Jahre mit diversen Mitgliedern punkto Beratung und Begleitung i.S. BG behilflich sein und diese Dienstleistung wurde von vielen begrüsst und auch geschätzt.

Das soll auch unsere Zielsetzung fürs kommende Jubiläums-Jahr sein.

*„Was dem einzelnen nicht möglich ist,
das vermögen viele“*

Diese Worte stammen von Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818 – 1888), dem Gründer der Raiffeisengenossenschaften.

Und ihm ist es zu verdanken, dass sein Gedankengut des Genossenschaftswesens ebenfalls in unserem Lande Fuss fassen konnte.

Ein wichtiger und starker Verband ist deshalb auf die Solidarität und Mitarbeit seiner Mitglieder voll und ganz angewiesen. Nur gemeinsam und als Einheit können wir gestärkt unsere Ziele auch erreichen.

An dieser Stelle wünsche ich allen recht frohe Festtage und viel Erfolg und Wohlergehen in Ihren Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen. Tragen wir weiterhin Sorge zu unserem Gemeinschaftswesen, welches für viele von uns auf einer langjährigen Geschichte beruht und als Tradition verwurzelt ist. Dieses Kulturgut gilt es unter allen Umständen auch für unsere Nachkommen zu erhalten.

Ich freue mich - anlässlich eines Grossaufmarsches - Sie alle am 2. Juni 2007 in froher Runde in Bern begrüßen zu dürfen!

Ihre Präsidentin
Vreni Jenni-Schmid

Kappelen, im Dezember 2006

Informationen der Geschäftsstelle

Hauptversammlung im Mai 2006 in Niederbipp

Tagungsort der diesjährigen Hauptversammlung war Niederbipp. Rund 250 Delegierte und 50 Gäste trafen sich am 20. Mai 2006 im Räberhus zur 59. Hauptversammlung. Bürgergemeindepräsident und Präsident des Organisationskomitees Fred Kellerhals hiess alle Anwesenden herzlich willkommen und stellte den Wärmeverbund vor, welcher dank der Bürgergemeinde Niederbipp realisiert werden konnte und heute zahlreiche Einfamilienhäuser mit Energie versorgt.



Der Vorstand VBBG

Präsidentin Jenni leitete nach der Begrüssung zum ordentlichen Teil der Hauptversammlung über. Die Hauptversammlung verlief problemlos; die gestellten Anträge wurden alle genehmigt und die durchgeführte Konsultativabstimmung, wonach der Vorstand berechtigt ist, zur Restfinanzierung des geplanten Releases 3.0.0 im Zusammenhang mit Infostar Fr. 5'000-10'000 dem Konto für besondere Zwecke entnehmen zu dürfen, wurde mit grossem Mehr zugestimmt. Weitere Informationen unter Infostar (Seite 18).

Staatsschreiber Prof. Dr. iur. Kurt Nuspliger hielt ein Referat über die Regierungsreform, welches im Anhang publiziert ist.

Nach der Hauptversammlung trafen sich Gäste und Delegierte zum Apéro, welches von Angehörigen der Wildsauenzunft Niederbipp serviert wurde. Musikalisch wurden die Anwesenden von den

Alphornbläsern Schlossruf, Oensingen und von der Musikgesellschaft Niederbipp unterhalten.



Präsidentin Jenni als Dirigentin

(Fotos: Geschäftsstelle)

Regionalversammlungen im November 2006 / Assemblées régionales d'information 2006

Die diesjährigen Regionalversammlungen, welche wiederum in Thun, Münchenbuchsee und Tavannes durchgeführt wurden, standen - wie bereits im Vorjahr - im Zeichen des Waldes.

Herr Dr. rer. silv. Bernhard Pauli, Professor für forstliche Betriebslehre und Verfahrenstechnik an der Schweiz. Hochschule für Landwirtschaft, Zollikofen, vermittelte Denkanstösse und Thesen zur zukünftigen Entwicklung in der Wald- und Holzwirtschaft (Thun und Münchenbuchsee).

Nachdem Herr Franz Weibel, Forstmeister der Burgergemeinde Bern, infolge eines mittelschweren Unfalles als Referent nicht auftreten konnte, erklärte sich Herr Stefan Flückiger, Berner Waldbesitzer (BWB), spontan bereit, einzuspringen, und informierte an allen drei Regionalversammlungen über die Volksinitiative „Rettet den Schweizer Wald“.

In Tavannes referierte Herr Stefan Brühlhart, Forstingenieur, Schweiz. Hochschule für Landwirtschaft zum Thema Wald- und Holzwirtschaft.

Anzahl Teilnehmer:

Thun	44 Delegierte aus 22 Burgergemeinden
Münchenbuchsee	159 Delegierte aus 62 Burgergemeinden
Tavannes	27 délégués de 13 communes bourgeoises

Vorstandssitzungen 2006

Im laufenden Jahr fanden wiederum vier Vorstandssitzungen statt. Die beinahe lückenlose Präsenz aller Vorstandsmitglieder an den Sitzungen dokumentiert ein grosses Interesse an der Verbandstätigkeit und im weitesten Sinne an der Existenz der bernischen Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen.

Der Vorstand setzte sich unter anderem mit 12 Vernehmlassungen auseinander. Stellungnahmen, ausgearbeitet von speziell zu den einzelnen Themen eingesetzten Arbeitsgruppen (Vorstandsmitglieder und „Externe“), erfolgten zur Umsetzungsvorlage „Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit“, und zum Strassengesetz.

Für die ständige, sehr wertvolle Beratung zu fast allen Vernehmlassungen sei unserem Vorstandsmitglied, Herrn Hans Georg Nussbaum, bestens gedankt!

Mitglieder / membres

Im Berichtsjahr erfolgten weder Eintritte noch Austritte.

Hingegen ist La Neuveville der Association des Bourgeoisies du Jura bernois beigetreten und Courtelary hat sich für eine Mitgliedschaft 2007 beworben.

Dans l'année écoulée, il n'y a pas eu d'entrées ni de sorties de membres

Par contre, l'Association des bourgeoisies du Jura bernois a admis la Commune bourgeoise de La Neuveville. La Commune bourgeoise de Courtelary demandera son admission pour 2007.

Informationen aus den Regionen

Association des bourgeoisies du Jura bernois

Bienvenue à la Commune bourgeoise de La Neuveville

L'assemblée générale de l'Association des bourgeoisies du Jura bernois, organisée par la Commune bourgeoise de Cormoret, s'est tenue à Mont-Crosin le 9 septembre dernier. Lors de celle-ci, les délégués ont accepté l'adhésion de la Commune bourgeoise de La Neuveville. Présentation:

La Bourgeoisie de La Neuveville a conservé et entretenu depuis plus d'un demi millénaire un patrimoine remarquable. Il comprend un vaste domaine forestier, des vignes, des pâturages, deux fermes et le bâtiment de l'Hôtel de Ville.

Le domaine forestier de la Bourgeoisie de La Neuveville est fractionné. Il s'étend sur les hauteurs de La Neuveville (sans oublier la forêt de Larrus, au bord du lac) s'enfonce en partie sur le territoire communal de Prêles, « grimpe » jusqu'à Chasseral (commune de Nods) et sur le flanc sud du Mont Sujet (commune de Lamboing) Il mesure au total près de 700 hectares.

Une grande richesse d'essences caractérise le domaine : chénaie buissonnante, érablière à scolopendre (dans la région du Piloux) et différents types de hêtraies (à laïche, à sapin, à érable ou typique). L'exploitation et l'entretien de ce patrimoine exige évidemment du personnel : deux forestiers bûcherons y travaillent à plein temps, un forestier de triage, un ingénieur forestier et une secrétaire y consacrent une partie de leurs activités professionnelles.

Nicolas Bessire, ingénieur forestier, a fait l'inventaire des fonctions essentielles de la forêt pour le domaine de La Neuveville: "La forêt offre une protection de l'eau et une protection contre les chutes de pierres. Elle a, dans certaines zones, des caractères naturels et une qualité paysagère d'importance nationale. Son rôle dans les loisirs est également reconnu avec la cabane des bûcherons et l'entretien des sentiers notamment. Il reste la production, et ce n'est pas la part la moins congrue puisqu'elle s'étend sur 549 ha." La production annuelle moyenne de la Bourgeoisie s'élève à quelque 4000 m³ de bois.

La Bourgeoisie de La Neuveville a d'autres sources de revenu que ceux de son domaine forestier. Elle loue deux fermes, La Jeure-du-Haut et La Neuve Métairie. Elle possède aussi des pâturages: 1,5 ha à La Neuve Métairie et environ 12 ha sur les communes de Nods et Lignièrès. Des vignes et une cave à vin sont également louées à un viticulteur qui fournit le vin de la Bourgeoisie, non commercialisé.

Le patrimoine de la Bourgeoisie compte surtout le très ancien Hôtel de Ville, construit lors de la fondation de la cité, au 14^e siècle. Elle y loue un appartement (qui a gardé les traces du chemin de ronde qui le traversait...) et des locaux à l'Association du Musée. Par ailleurs, la Tour Carrée abrite les archives de la ville. Il y a peu, la Bourgeoisie exploitait encore une carrière qui est maintenant fermée.

Si les murs n'avaient pas seulement des oreilles mais aussi la parole, ceux de la salle de la Bourgeoisie, dans l'Hôtel de Ville conteraient toute l'histoire de la cité fondée en 1312. Refaite (!) en 1569, la salle de la Bourgeoisie est toutefois comme un livre d'histoire où figurent les armoiries des familles qui ont marqué La Neuveville au fil des siècles. Elle est aussi illuminée par de remarquables vitraux. Le mobilier de la salle date en majorité du 18^e siècle et comprend notamment un superbe poêle, une commode pupitre, une pendule Louis XV et divers tableaux.

Une fois par mois, elle sert de lieu de réunion au Conseil de Bourgeoisie, composé de sept membres et dont François Marolf est le Maître actuel. Une assemblée est tenue deux fois par an et elle compte en général entre 70 et 80 participants.

Grâce aux intérêts d'un fonds spécial, les enfants de familles bourgeoises peuvent bénéficier de subsides durant leur formation. La Bourgeoisie soutient enfin, par le biais de la commune de domicile, les membres de ses familles qui sont dans le besoin.

Allgemeine Informationen

Rettet den Schweizer Wald - Initiative Franz Weber

Initiative „Rettet den Schweizer Wald“ – nur wie?

Ausgangslage

Eckwerte Schweizer Wald

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war der Schweizer Wald kahlgeschlagen. Zahlreiche Katastrophen führten dazu, dass die Schweiz eines der restriktivsten und vorbildlichsten Waldgesetze der Welt erliess. Die Wirksamkeit diese Gesetze (ohne Verankerung in der Verfassung) zeigen Ihnen ausgewählte nachstehende Eckwerte:

- Die Schweizer Waldfläche nimmt jährlich um die Fläche des Thunersees zu.
- Der Schweizer Wald weist einen europaweiten durchschnittlichen Rekordvorrat von 360 Kubikmeter Holz (lebende Bäume) pro Hektare auf.
- Der Schweizer Wald ist überdurchschnittlich alt und unausgeglichen. Die jungen Altersstufen sind trotz Sturmereignissen in einer gravierenden Minderheit.
- Zahlreiche Schutzwälder können aufgrund von „Unterbewirtschaftung“ ihre Schutzfunktion nicht mehr nachhaltig erfüllen.
- Der Schweizer Wald wird zunehmend dunkler und verliert an Biodiversität
- Der Schweizer Wald schreibt rote Zahlen.

Waldprogramm Schweiz (WAP-CH)

In den Jahren 2002/2003 erkannte der Bund, dass Struktur und Ausgangslage der Schweizerischen Forstwirtschaft nicht mehr den künftigen Bedürfnissen entsprechen wird. In 6 Arbeitsgruppen, in denen rund 130 Experten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Verbänden und Organisationen teilnahmen, wurde die künftige Waldstrategie der Schweiz erarbeitet. Das WAP-CH dient auf Bundesebene als Grundlage für die nationale Waldpolitik. Zahlreiche Organisationen, Verbände und Gewerkschaften äusserten sich in einer Vernehmlassung zum Waldprogramm Schweiz. Wie viele politische Prozesse in der Schweiz, endete das WAP-CH als ein Kompromiss der zahlreichen Interessen an den Wald, mit folgenden **5 prioritären Zielen**:

1. Schutzwaldleistung ist sichergestellt
2. Biodiversität bleibt erhalten
3. Waldböden, Bäume und Trinkwasser sind nicht gefährdet
4. Wertschöpfungskette Holz ist stark
5. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Waldwirtschaft ist verbessert

Als Resultat aus dem WAP-CH wurde klar, dass eine Teilrevision des Waldgesetzes zu einer besseren Ausgangslage für die Umsetzung dieser Ziele führen würde.

Teilrevision Waldgesetz (TR-WaG)

Im Juni 2005 wurde ein Vernehmlassungsentwurf für eine Teilrevision des eidgenössischen Waldgesetzes in die Vernehmlassung geschickt.

Die TR-WaG stützte sich dabei auf das WAP-CH und führte zu folgenden Änderungen im WaG:

- Bereich Walderhaltung: 8 Änderungen
- Bereich Waldbewirtschaftung: 4 Änderungen

- Bereich Förderungsmassnahmen: 5 Änderungen + (7 Änderungen aufgrund NFA)
- Bereich Strafbestimmungen: 1 Änderung
- Bereich Verfahren und Vollzug: 3 Änderungen

Am meisten Änderungen resultierten somit in den Bereichen Walderhaltung und Waldbewirtschaftung.

Volksinitiative „Rettet den Schweizer Wald“

Nach abgeschlossenem WAP-CH und Vorliegen des Vernehmlassungsentwurfes der TR-WaG sahen sich jedoch gewisse Kreise, mit einigen Punkten des WAP-CH und des TR-WaG nicht einverstanden und fanden in der Stiftung Franz Weber eine dankbare ausserforstliche und finanzkräftige Organisation, die sich darauf spezialisiert hat Initiativen zu diversen Themen zu lancieren.

Die Initiative wurde am 14.10.2005 rechtsgültig eingereicht.

Getragen wird Sie durch die Stiftung Helvetia Nostra mit Franz Weber. Die Initiative wird durch verschiedene Interessengruppierungen aktiv unterstützt. Dazu gehören insbesondere:

- Umweltschutzorganisationen
- Schweizerischer Forstpersonalverband
- Bernischer Forstpersonalverband (ehemals Försterverband)

Die Initiative weist folgenden Text auf:

Art. 77 BV

1 Bund und Kantone sorgen dafür, dass der Wald seine Schutz-, Nutz- und Wohlfahrtsfunktionen gleichzeitig und dauerhaft erfüllen kann und die biologische Vielfalt erhalten bleibt. Sie organisieren die Pflege des Waldes.

2 Der Bund legt die Grundsätze über den Schutz des Waldes fest.

3 Er fördert die Massnahmen zur Erhaltung des Waldes und zur Behebung von Waldschäden.

4 Das gesamte schweizerische Waldgebiet ist geschützt; Rodungen sind verboten. Das Gesetz kann gegen Ersatzleistung Ausnahmen vorsehen, sofern sie gemeinnützigen Zwecken dienen.

5 Die Dauerhaftigkeit der bestockten Fläche ist gewährleistet durch eine naturnahe Waldbaupraxis; Kahlschlag ist verboten.

Waldgesetzesrevision versus Initiative

Nachstehende Übersicht gewährt eine Gegenüberstellung einzelner ausgewählter Inhalte:

WaG-Revision	Volksinitiative
Walderhaltung:	
▪ Ausweitung dynamischer Waldbegriff	▪ keine explizite Regelung
▪ Rodungsvoraussetzungen: wie bisher	▪ Einengung auf öffentliche Zwecke
▪ Rodungersatz: Lockerung für bestimmte Gebiete	▪ Mindestens heutige Lösung, tendenziell eher Verschärfung
Waldbewirtschaftung:	
▪ Grundsatz der naturnahen Waldbewirtschaftung	▪ Grundsatz der naturnahen Waldbaupraxis
▪ eher Konzept der Vorrangflächen	▪ Eher Konzept der Multifunktionalität
▪ Kahlschläge generell verboten - Räumungen bis 2 ha generell erlaubt	▪ Kahlschläge generell verboten

Walderhaltung

Die WaG-Revision sieht vor, dass die Waldgrenze nicht wie bisher nur im Baugebiet sondern auch ausserhalb des Baugebietes abschliessend festgelegt werden kann. – Dies ist insbesondere in den Voralpen, Alpen und im Jura erwünscht, wo zunehmend charakteristische, typische Landschaftsbilder durch den Wald einwuchs verloren gehen. Die Volksinitiative sieht hier keine Regelung vor – ausser dass das Waldgebiet geschützt ist.

Das geltende Waldgesetz hat gezeigt, dass es weitgehend der heutigen politischen Gesinnung entspricht. Die Anzahl der Bundesgerichtsentscheide bezüglich Rodungen haben sich seit 1993 (der Einführung des neuen Waldgesetzes) deutlich reduziert. Die Initiative sieht deutliche beschränkendere Lösungen vor.

Der Rodungersatz, der gemäss Waldgesetz bei jeder Rodung notwendig ist wurde in der TR-WaG für bestimmte Gebiete gelockert, was insbesondere im Sinne einer vernünftigen Waldwirtschaft und dem Ökosystemschutz liegt. Die Initiative bezweckt hier eher eine Verschärfung.

Waldbewirtschaftung

Im WAP-CH wurde die naturnahe Waldbewirtschaftung als zentraler und elementarer Grundbaustein der schweizerischen Waldpolitik verankert. Der Schwerpunkt liegt aber nach wie vor auf der Bewirtschaftung der Wälder, um den ökologischen und erneuerbaren Rohstoff Holz zu gewinnen. Die Initiative sieht eine naturnahe Waldbaupraxis vor. Die Arbeit des Waldbaus erhält damit einen dogmatischen Aspekt, der im Widerspruch zu einer praxisnahen und pragmatischen aber naturnahen Waldbewirtschaftung stehen kann. Er könnte im Endeffekt dazu führen, dass die Schweiz gewisse Holzarten importieren muss, weil eine „Waldbau religion“ Vorrang vor der Erzeugung eines einheimischen Rohstoffes erhält.

Das Waldgesetz sieht einen gezielten Einsatz der öffentlichen Mittel auf definierten Vorrangflächen vor, um die öffentlichen Mittel wirkungsorientiert einzusetzen. Die Initiative tendiert auf eine flächendeckende Zerstückelung der Subventionen auf die gesamte Waldfläche mit der Begründung einer fragwürdig ausgelegten Multifunktionalität. Die TR-WaG streitet nicht ab, dass Wald ohne Vorrangfunktion multifunktional sei.

Die TR-WaG verbietet den Kahlschlag grundsätzlich, lässt aber Räumungen bis auf eine Fläche von 2 ha zu. Die Initiative will den Kahlschlag generell verbieten und könnte damit auch Räumungen bis 2 ha verhindern. Einige Baumarten benötigen grössere unbestockte Flächen, um wachsen zu können. Der Befürchtung, dass nun flächendeckend Wald geräumt werden könnte, wird der Waldbesitzer mit ökonomischer Vernunft entgegenreten. Die Folgepflegekosten würden viel zu hoch ausfallen, wenn er dies so praktizieren würde. Dazu braucht es keine verfassungsmässige Verankerung – wie im übrigen die letzten 100 Jahre Schweizer Forstgeschichte gezeigt haben.

Fazit

Ich bezeichne die Initiative in ihrem Inhalt und in ihrer Art als populistisch, manipulativ und irreführend.

Nachstehendes Bild wurde im Journal Franz Weber No 67 (2004) mit nebenstehendem Bildtext abgebildet. Der Autor hat weder die Erlaubnis des Fotografen für einen Abdruck eingeholt noch sich seriös informiert. Der nachstehende Vollernter wurde am 15.12.2000 vom Verfasser dieses Artikels fotografiert und arbeitet in einer Lotharsturmfläche im Seebezirk des Kantons Freiburg.



Mechanisierte, industrielle Waldausbeutung statt Waldpflege

Im Journal

Franz Weber No 67 (2004)

(Beitrag von Mr. Farron, Kantonsoberförster Kanton Neuenburg)

Die Initiative zielt darauf ab, dem Waldeigentümer (unnötigerweise) weitere Beschränkungen in seinen Eigentumsrechten aufzuzwingen.

Sie hat damit einen klaren planwirtschaftlichen Charakter und unterstellt dem Waldeigentümer Unfähigkeit seinen Wald verantwortungsbewusst und nachhaltig zu bewirtschaften.

Die Initiative ist auf der falschen Ebene angesetzt.

Die Schweizer Waldgesetzgebung der letzten 100 Jahre hat bewiesen, dass es nicht nötig ist die Verfassung unnötig aufzublähen. Die Schweizer Waldwirtschaft konnte mit guten Gesetzen den kahlgeschlagenen Schweizerwald von 1900 zum vorratsreichsten Wald Europas machen. Es kann nicht das Ziel sein, jegliche Details in der Verfassung festzuhalten. Die kantonalen Waldgesetze können zudem weitergehende Bestimmungen festhalten und werden dem eidgenössischen Waldgesetz, das ein Rahmengesetz darstellen soll, folgen und kantonale Eigenheiten berücksichtigen.

Die Initiative ist unnötig, da mit der Zertifizierung nach FSC, Q, PEFC bereits strenge Auflagen für naturnahe Waldbewirtschaftung anerkannt und eingehalten werden.

Die Verfassung darf nicht dazu missbraucht werden, Berufsstände, die sich einem Wandel widersetzen wollen, zu schützen und zu zementieren.

Der Vernehmlassungsentwurf der TR-WaG wird nun nach Hearings und Diskussionen in den wichtigsten nationalen Anspruchsgruppen überarbeitet und im nächsten Jahr als Gegenvorschlag zur Initiative „Rettet den Schweizer Wald“ zur Abstimmung gebracht.

Aus diesen Gründen lade ich Sie ein, die Initiative - die unbestrittenermassen einen positiven Effekt auf die Revision des Waldgesetzes hatte - abzulehnen und sich für ein konstruktives und zukunftsorientiertes Waldgesetz einzusetzen, welches auch auf kantonaler Ebene noch den nötigen Spielraum einräumt.

Stefan Flückiger, Geschäftsführer Berner Waldbesitzer - BWB

Initiative « Sauver la Forêt suisse » – mais comment ?

Situation de départ

Fait marquants concernant la forêt suisse

Au début du 19^e siècle, la forêt suisse était rasée à blanc. De nombreuses catastrophes poussèrent la Suisse à promulguer l'une des lois sur les forêts les plus restrictives et les plus exemplaires du monde. Les faits suivants témoignent des effets de cette loi (qui n'est pas ancrée dans la Constitution) :

- La surface de la forêt suisse augmente chaque année de la superficie du lac de Thoune.
- La forêt suisse présente une réserve moyenne record en Europe de 360 m³ de bois (arbres vivants) par hectare.
- La forêt suisse est plus ancienne et moins équilibrée que la moyenne. Malgré les tempêtes, les jeunes classes d'âge sont nettement sous-représentées.
- De nombreuses forêts protectrices ne sont plus en mesure d'assumer durablement leur fonction de protection en raison de leur « sous-exploitation ».
- La forêt suisse est de plus en plus sombre et sa biodiversité diminue.
- La forêt suisse est dans le rouge.

Le Programme forestier suisse (PFS)

Au cours des années 2002/03, la Confédération s'est aperçue que la structure et la situation de départ de la sylviculture suisse ne pourraient plus répondre aux besoins à venir. La future stratégie forestière suisse a été élaborée par 6 groupes de travail auxquels ont participé quelque 130 experts issus de l'économie, de la politique, de la science, des associations et organisations. Le PFS sert de fondement à la politique forestière nationale au niveau fédéral.

De nombreux syndicats, organisations et associations se sont exprimés sur le Programme forestier suisse lors d'une consultation. Comme bien des processus politiques en Suisse, le PFS s'est terminé par un compromis entre les différents intérêts au regard de la forêt, avec les **5 objectifs prioritaires** suivants :

1. Assurer à long terme la fonction protectrice des forêts
2. Maintenir et favoriser la biodiversité
3. Maintenir la qualité des sols, des arbres et de l'eau potable
4. Renforcer la filière du bois
5. Améliorer la rentabilité des entreprises forestières

Le PFS a mis en évidence le fait qu'une révision partielle de la loi sur les forêts créerait un meilleur point de départ pour la réalisation de ces objectifs.

Révision partielle de la loi sur les forêts

En juin 2005, un projet de révision partielle de la loi sur les forêts a été envoyé en consultation.

La révision partielle de la loi sur les forêts s'appuyait dans ce cadre sur le PFS et a entraîné les modifications suivantes de la LFo :

- Domaine préservation forestière : 8 modifications
- Domaine exploitation forestière : 4 modifications
- Domaine subventions : 5 modifications + (7 modifications sur la base de la RPT)
- Domaine dispositions pénales : 1 modification
- Domaine procédures et exécution : 3 modifications

La plupart des modifications ont donc concerné la préservation et l'exploitation forestières.

Initiative populaire « Sauver la Forêt suisse »

Une fois le PFS bouclé et le projet de révision partielle de la loi sur les forêts présenté, certains cercles en désaccord sur plusieurs points trouvèrent en la fondation Franz Weber une organisation non forestière et financièrement puissante, spécialisée dans le lancement d'initiatives sur différents sujets.

L'initiative a été déposée de manière juridiquement valide le 14.10.2005.

Elle est lancée par la fondation Helvetia Nostra avec Franz Weber. L'initiative est activement soutenue par divers groupements d'intérêt, parmi lesquels en particulier :

- Domaine des organisations de protection de l'environnement
- Domaine l'association suisse du personnel forestier
- Domaine l'association bernoise du personnel forestier (anciennement association des forestiers)

Le texte de l'initiative est le suivant :

Art. 77 CF

1. La Confédération et les cantons veillent à ce que les forêts puissent remplir simultanément et durablement leurs fonctions protectrice, économique, sociale et de maintien de la biodiversité. Ils organisent l'entretien de la forêt.
2. La Confédération fixe les principes applicables à la protection des forêts.
3. Elle encourage les mesures de conservation des forêts ainsi que la réparation des forêts endommagées.
4. L'aire forestière de la Suisse est protégée dans son intégralité ; les défrichements sont interdits. La loi peut prévoir, moyennant compensation, des exceptions dans des buts d'utilité publique.
5. La pérennité de la couverture boisée est assurée par une pratique sylviculturale proche de la nature ; la coupe rase est interdite.

Révision de la loi sur les forêts versus initiative

Le tableau suivant permet de comparer différents contenus sélectionnés :

Révision de la loi sur les forêts	Initiative populaire
Préservation forestière :	
<ul style="list-style-type: none">• Développement de la notion dynamique de la forêt• Conditions de déboisement : inchangées• Compensation du déboisement : assouplissement pour certains secteurs particuliers	<ul style="list-style-type: none">• Pas de réglementation explicite• Limitation à des buts d'utilité publique• Au moins la solution actuelle, tendance au durcissement
Exploitation forestière :	
<ul style="list-style-type: none">• Principe de sylviculture proche de la nature• Plutôt concept des secteurs prioritaires• Les coupes rases en général sont interdites— les coupes sont en général autorisées jusqu'à 2 ha	<ul style="list-style-type: none">• Principe de pratique sylviculturale proche de la nature• Plutôt concept de la multifonctionnalité• Les coupes rases en général sont interdites

Préservation forestière

La révision de la loi sur les forêts prévoit que les limites des forêts puissent être fixées définitivement non seulement dans les zones à bâtir mais aussi en dehors des zones à bâtir – ce qui est particulièrement souhaité dans les Préalpes, les Alpes et le Jura où de plus en plus de paysages caractéristiques et typiques disparaissent en raison de l'avancée des forêts. L'initiative populaire ne prévoit pas de réglementation à cet égard – en dehors de la protection de l'aire boisée.

La loi sur les forêts actuellement en vigueur a montré qu'elle était pour l'essentiel en adéquation avec les tendances politiques d'aujourd'hui. Le nombre d'arrêts du Tribunal fédéral concernant les défrichements a nettement diminué depuis 1993 (nouvelle loi sur les forêts). L'initiative prévoit des solutions beaucoup plus restrictives.

La compensation de l'essartage exigée dans tous les cas par la LFo a été assouplie pour certains secteurs particuliers dans le cadre de la révision de la loi, ce qui va en particulier dans le sens d'une économie forestière raisonnable et de la protection de l'écosystème. L'initiative a plutôt pour but un durcissement.

Exploitation forestière

Le PFS ancre la sylviculture proche de la nature en tant qu'élément fondamental et central de la politique forestière suisse. Mais l'accent est toujours mis sur l'exploitation des forêts en vue de produire la matière première écologique et renouvelable qu'est le bois. L'initiative prévoit une pratique sylviculturale proche de la nature. Le travail de la sylviculture revêt ainsi un aspect dogmatique, pouvant être en contradiction avec une exploitation forestière pratique et pragmatique, mais proche de la nature. En fin de compte, cela pourrait obliger la Suisse à importer certaines essences, si une « religion de la sylviculture » venait à prévaloir sur la production d'une matière première indigène.

La loi sur les forêts prévoit une mise en œuvre ciblée des fonds publics dans des secteurs prioritaires définis afin d'employer efficacement les fonds publics.

L'initiative penche en faveur d'une dissémination des subventions, avec une répartition entre toutes les surfaces boisées justifiée par une interprétation douteuse de la multifonctionnalité. La révision partielle ne conteste pas le fait que la forêt sans fonction prioritaire soit multifonctionnelle.

La révision partielle interdit fondamentalement les coupes rases, mais autorise toutefois les coupes jusqu'à une surface de 2 ha. L'initiative veut interdire les coupes rases d'une manière générale et pourrait donc également empêcher les coupes dont la superficie n'excède pas 2 ha. Certaines espèces d'arbres ont besoin de surfaces non boisées plus étendues pour pouvoir pousser. Les propriétaires de forêts opposeront la raison économique à la crainte que de grandes étendues de forêt puissent désormais être rasées. De telles pratiques entraîneraient des frais d'entretien consécutifs bien trop élevés. Un ancrage dans la Constitution n'est pas nécessaire pour ce faire – comme en témoigne d'ailleurs le dernier siècle d'histoire forestière.

Résumé

Sur le fond et la forme, je qualifie l'initiative de populiste, manipulatrice et trompeuse.

La photo ci-après a été publiée dans le Journal Franz Weber n° 67 (2004) avec la légende accolée. L'auteur n'a pas demandé au photographe l'autorisation de reproduire le cliché et ne s'est pas non plus renseigné sérieusement. La récolteuse ci-dessous a été photographiée le 15.12.2000 par l'auteur de cet article alors qu'elle travaillait dans une zone dévastée par la tempête Lothar dans le district du Lac, dans le canton de Fribourg.



Légende :

« Exploitation forestière mécanisée et industrielle plutôt qu'entretien des forêts »

Journal Franz Weber n° 67 (2004)

(Article de M. Farron, chef forestier du canton de Neuchâtel)

L'initiative vise (inutilement) à restreindre davantage les droits des propriétaires de forêts.

Elle s'oriente donc clairement vers une économie dirigée et empêche le propriétaire d'une forêt de gérer celle-ci de manière responsable et pérenne.

L'initiative se place sur un mauvais plan.

La loi sur les forêts du dernier centenaire a démontré qu'il ne sert à rien d'alourdir inutilement la Constitution. La gestion forestière suisse a pu, grâce à de bonnes lois, transformer la forêt suisse rasée de 1900 en la forêt possédant le plus de réserves au niveau européen. L'objectif ne peut pas être de consigner chaque détail dans la Constitution. De plus, les lois cantonales sur les forêts peuvent définir des dispositions plus précises, suivre la loi fédérale sur les forêts, qui constitue une loi-cadre, et tenir compte des spécificités cantonales.

L'initiative est inutile, des obligations strictes concernant la sylviculture proche de la nature étant déjà reconnues et respectées au travers des certifications FSC, Q, PEFC.

Il ne faut pas mésuser de la Constitution afin de protéger et de cimenter des classes socioprofessionnelles opposées au changement.

Le projet de la révision partielle de la LFo mis en consultation est à présent, après auditions et discussions, révisé par les principaux groupes d'intérêt et sera soumis au vote l'année prochaine en tant que contre-proposition à l'initiative « Sauver la Forêt suisse ».

Je vous invite pour ces motifs à rejeter l'initiative – dont l'effet positif sur la révision de la loi sur les forêts est incontesté – et à défendre une loi sur les forêts constructive et orientée vers l'avenir, qui ménage la marge de manœuvre nécessaire, y compris au niveau cantonal.

Stefan Flückiger, gérant de l'association des Propriétaires de forêts bernois (PFB)

Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG); Revision: Auswirkungen auf die Burgergemeinden

Das Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG) wurde im Herbst 2005 revidiert und trat am 1. Juni 2006 in Kraft. Die Verordnung über das Einbürgerungsverfahren (EBüV) wurde ebenfalls revidiert und ist in Kraft seit 1. Juni 2006.

- KBüG Art. 3: Die Person, die durch die Einbürgerung ein anderes Gemeindebürgerrecht erwirbt, verliert grundsätzlich alle bisherigen bernischen Gemeindebürgerrechte. Der Verlust tritt von Gesetzes wegen (automatisch) ein. Das zuständige Zivilstandsamt informiert die betroffene Person über diese Änderung (Verlust). Sie kann innert 30 Tagen die Beibehaltung erklären. (s. Wegleitung Einbürgerungsverfahren, BSIG Nr.: 1/121.1/1.1 vom 1. Juni 2006, S. 23).
- Die Burgergemeinden sind weiterhin frei, das Einbürgerungsorgan (in Übereinstimmung mit Art. 37 Abs. 2 der schweizerischen Bundesverfassung) zu bestimmen. Bei den Einwohnergemeinden (Gemeinderat) dagegen wird gemäss Art. 12 KBüG das Einbürgerungsorgan gesetzlich festgelegt (s. BSIG Nr. 1/121.1/1.1, vom 1. Juni 2006, S. 24).
- Das Kostendeckungsprinzip (kostendeckende Gebühr für die Bearbeitung), das bundesrechtlich vorgeschrieben ist, wird ausdrücklich in Art. 4 der EBüV verankert. Burgergemeinden sind jedoch ungeachtet des Wohnsitzes und der konkreten Steuerpflicht der gesuchstellenden Personen weiterhin frei, die Einkaufssumme entsprechend ihren Reglementen festzulegen (Art. 15 Abs. 2 KBüG). Die Ansätze sollen in einem vernünftigen Verhältnis zu den durch die Einbürgerung erlangten vermögensrechtlichen Vorteilen (Burgernutzen) stehen und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesuchstellenden berücksichtigen (s. BSIG Nr. 1/121.1/1.1, vom 1. Juni 2006, S. S.24 und 26).
- Art. 9 EBüV: Wird das Bürgerrecht erteilt oder zusichert, ist das Gesuch mit allen Unterlagen unverzüglich dem Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst des Kantons Bern zur weiteren Bearbeitung zuzustellen (s. BSIG Nr. 1/121.1/1.1, vom 1. Juni 2006, S. S. 27).
- Art. 10 EBüV: Gestützt auf die Zusicherung des Bürgerrechtes entscheidet nicht mehr der Regierungsrat, sondern die Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern (i.e. der Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst) über die Erteilung des Kantonsbürgerrechts mittels Verfügung. Sie erlässt die vorgeschriebenen amtlichen Mitteilungen und veranlasst die Beurkundung im informatisierten Standesregister.

- Für den Erwerb des Bürgerrechts erliess der Kanton Bern ein neues amtliches Gesuchsformular, welches auch von den Burgergemeinden zu benutzen ist (leicht abgeändert, angepasst auf die spezifischen Bedürfnisse). Das Formular kann bei der Geschäftsstelle bezogen werden (elektronisch unter vbbg@bgbern.ch).

Bundesgesetz über den Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts; Revision

Die Einbürgerungspraxis wurde aufgrund des Beschlusses des Bundesrates angepasst. Das Gesetz wurde wie folgt geändert (in Kraft seit 1. Januar 2006):

Art 1 Abs. 2

Das unmündige ausländische Kind eines schweizerischen Vaters, der mit der Mutter nicht verheiratet ist, erwirbt das Schweizer Bürgerrecht, wie wenn der Erwerb mit der Geburt erfolgt wäre, durch die Begründung des Kindesverhältnisses zum Vater.

Das Kind erwirbt demgemäss auch ein allfälliges Bürgerrecht.

Besteuerung von Burgergemeinden für die direkte Bundessteuer

Um die Steuerbefreiung für die direkte Bundessteuer zu erlangen, müssen folgende Kriterien erfüllt sein:

- Das Stimmrecht muss auf das Territorium der entsprechenden Einwohnergemeinde beschränkt sein. Dadurch weist die Burgergemeinde die nötigen gebietskörperschaftlichen Elemente auf.
- **Im entsprechenden Reglement muss ausdrücklich festgehalten** werden, dass ein allfälliger Bürgernutzen auf Fr. 300.-- pro Bürger/Jahr begrenzt ist. Zudem ist festzuhalten, dass die Gesamtsumme des ausgerichteten Bürgernutzens die Vermögenserträge des laufenden Jahres nie übersteigen darf.

Das revidierte Reglement ist der Steuererklärung 2006 **zwingend** beizulegen.

Für die betroffenen Burgergemeinden wird die Steuerbefreiung von der direkten Bundessteuer bis zur Steuerperiode 2004 gewährt. Sollte das Reglement nicht entsprechend angepasst werden, wird die Steuerbefreiung bei der Veranlagung 2006 nicht vorgenommen.

Imposition des Communes bourgeoises pour l'impôt fédéral direct

Afin de bénéficier de l'exonération pour l'IFD, les conditions suivantes doivent être remplies :

- Le droit de vote et d'éligibilité ne doit être accordé qu'aux personnes possédant le droit de vote dans la commune municipale. De ce fait, la commune bourgeoise est considérée comme corporation territoriale.
- **Il doit être prévu expressément dans le règlement** des droits de jouissance que les droits de bourgeoisie sont limités à fr. 300. -- par bourgeois. De plus, la somme totale versée comme droits de bourgeoisie n'ose jamais excéder le rendement annuel de la fortune.

Un exemplaire du **règlement modifié** sera **impérativement** joint à la déclaration d'impôt 2006.

Pour les communes bourgeoises concernées, l'exonération de l'impôt fédéral direct sera accordé jusqu'à la période fiscale 2004. Au cas où le règlement ne serait pas modifié, l'exonération de l'impôt sera suspendue depuis la période fiscale 2006.

Infostar

Seit 1999 ist das Thema Mutationsmeldungen zu den Personendaten aus dem System Infostar ein Dauerbrenner und bis heute konnte für die Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen keine befriedigende Lösung geschaffen werden.

Mit der Einführung dieser zentralen informatisierten Registerführung wurde das Mitteilungswesen für die Burgergemeinden und Korporationen unterbrochen, teilweise wieder eingeführt und im Kanton Bern gar eingestellt.

Nachdem die Gespräche mit dem Leiter des Zivilstands- und Bürgerrechtsdienstes nichts fruchteten (es fehle die gesetzliche Grundlage für eine regelmässige Datenbekanntgabe an die Burgergemeinden), wurde der Dialog im Sommer 2006 mit dem neugewählten Regierungsrat Hans-Jürg Käser aufgenommen. Dieser folgt der Argumentation des Zivilstands- und Bürgerrechtsdienstes, empfahl aber immerhin den einzelnen Burgergemeinden, ein schriftlich begründetes Gesuch beim Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst einzureichen.

Der Verband ist der Auffassung, dass die Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen als öffentlich-rechtliche Körperschaften (Personalgemeinden) auf allen Ebenen verfassungsmässig garantiert sind und Anspruch haben, von den zuständigen kantonalen Behörden gesicherte und vollständige Personendaten zu erhalten.

Der Verband forderte in der Folge seine Mitglieder auf, ein Gesuch um Bekanntgabe der Personendaten beim Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst einzureichen und stellte seinen Mitgliedern ein Mustergesuch zur Verfügung.

Es darf erfreulicherweise festgestellt werden, dass über 50 % der Verbandsmitglieder dem Aufruf gefolgt sind und fristgerecht bis am 30. September 2006 ein Gesuch beim Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst eingereicht haben (es wurden approx. 140 Gesuche eingereicht).

In Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verband der Bürgergemeinden und Korporationen (SVBK) konnten mit dem für Infostar zuständigen Bundesamt für Justiz die notwendigen EDV-technischen Vorgaben für eine einfachere Mutationsmeldung der Zivilstandsämter erarbeitet werden.

Im Sommer wurde dann der Vertrag für die Zusatzprogrammierung unterzeichnet. Die Kosten betragen approx. Fr. 145'000.--. Die Kosten für diesen sogenannten Release 3.0.0 konnten dank namhaften Beiträgen von den grossen bernischen Burgergemeinden, namentlich Bern, Biel, Burgdorf und Thun, dem SVBK und der Verbandskasse, finanziert werden.

Harmonisierungsgesetz

Gestützt auf das eidg. Gesetz betr. Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer Register erlässt der Kanton Bern das Gesetz über die Harmonisierung amtlicher Register (RegG). Das RegG schafft auf kantonaler Ebene die Grundlage zur Zusammenarbeit im Registerwesen. Insbesondere ist auf Art. 8 hinzuweisen, wo festgelegt wird, dass die Gemeinden und kantonalen Behörden im Abrufverfahren elektronischen Zugriff auf diejenigen Daten der zentralen Personenverwaltung haben, die sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen.

Wie im Vortrag zum Gesetzesentwurf bereits hingewiesen wurde, fallen unter den Begriff "Gemeinden" auch die Burger- und Kirchgemeinden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften, wie sie im Gemeindegesetz erwähnt sind. Das Gesetz passierte in der Novembersession des Grossen Rates die 2. Lesung, welche vom Verband aufmerksam verfolgt wurde. Bei der Ausarbeitung der Ausführungsverordnung kann der Verband aktiv mitwirken. Er wird sich auch nach der Rechtssetzung dafür einsetzen, dass dieser Erlass in der Praxis korrekt umgesetzt wird.

Es kann davon ausgegangen werden, dass damit die Grundlage geschaffen ist, um den Burgergemeinden die Nachführung ihrer Stimmregister und die Erfüllung anderer gesetzlicher Aufgaben zu ermöglichen.

Wappenwesen der bernischen Burgergemeinden

Die meisten bernischen Burgergemeinden verzeichnen auf einer Tafel oder in einem besonderen Buch die Wappen der ihr angehörenden Familien. In letzter Zeit scheinen sich bei verschiedenen Burgerschaften Fragen zur Wappenführung gestellt zu haben. Als Dozent für Heraldik an der Universität Bern und als Verfasser des neuen Wappenbuches der Burgergemeinde Bern beantwortet Herr Berchtold Weber immer wieder Fragen von anderen Burgergemeinden zum Wappenwesen.

Er ist gerne bereit, alle Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen in Wappenfragen fachlich zu beraten. Seine Anschrift lautet:

Berchtold Weber, Dozent für Heraldik, Kirchenfeldstr. 2, 3005 Bern, Tel. 031 351 52 76,
berchtold.weber@bluewin.ch

Armoiries des Communes bourgeoises bernoises

La plupart des Communes bourgeoises bernoises relèvent dans un tableau ou dans un livre à cet effet les armoiries de leurs familles bourgeoises. Ces derniers temps, on a constaté un regain de questions de la part des communautés bourgeoises concernant l'établissement des armoiries.

Comme doyen pour l'héraldique à l'université de Berne et concepteur du nouveau livre des armoiries des familles de la Commune bourgeoise de Berne, Monsieur Berchtold Weber est constamment sollicité pour ce genre de questions qui lui sont transmises après avoir transitées par la chancellerie de la Bourgeoisie de Berne. Pour ce genre de questions, il est inutile de faire ce détours et nous invitons les intéressés à s'adresser directement à Monsieur Berchtold Weber qui est disposé à conseiller en toute connaissance de cause et de la façon la plus réaliste possible les Communes bourgeoises bernoises qui feront appel à ses connaissances. Ses coordonnées sont:

Monsieur Berchtold Weber, chargé de cours à la faculté pour l'héraldique à l'université de Berne, Kirchenfeldstr. 2, 3005 Berne, tél. 031 351 52 76 ; berchtold.weber@bluewin.ch

Informationen des Amtes für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern (AGR); www.be.ch/agr (-> Gemeinden)

Forstreservfonds (Betriebs- und Übernutzungsfonds)

Mit BSIG Nr. 1/170.111/8.1 vom 1. Dezember 2004 wurden die Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen darüber informiert, dass die noch vorhandenen Mittel der Forstreservfonds ihrer bisherigen Verwendung entsprechend einzusetzen seien. Gemäss Kantonalem Waldgesetz ist die Führung und Äufnung dieser Fonds nicht mehr vorgeschrieben. Die Körperschaften haben gemäss BSIG verschiedene Vorgehensmöglichkeiten. Dabei wurde eine Übergangsfrist definiert: **Bis 31.12.2006** müssen die Fondsmittel entsprechend eingesetzt oder in eine Spezialfinanzierung (gestützt auf ein Reglement) überführt werden.

Finanzielle Schwierigkeiten von Burgergemeinden / Früherkennung dank Finanzplanung !

Seit Inkrafttreten der Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden (FHDV) auf den 1. Mai 2005 sind die Ergebnisse der Finanzplanung - gemäss Art. 64 Abs. 1 der Gemeindeverordnung (GV) - laufend, jedoch spätestens bis Ende Dezember dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zuzustellen. Gemäss Art. 24 FHDV stellt die Tabelle „Ergebnisse der Finanzplanung“ die Entwicklung für Basisjahr und Prognoseperiode dar mit mindestens

- Aufwand und Ertrag
- Ausgaben und Einnahmen (Nettoinvestitionen)
- Eigenkapital oder Bilanzfehlbetrag
- Ergebnis der laufenden Rechnung

Die Ergebnisse sind dem ARG bis jeweils spätestens **Ende Dezember** zuzustellen. Dabei sind folgende Punkte zu beachten:

- Dem AGR ist nur eine Seite mit den Ergebnissen einzureichen und nicht der gesamte Finanzplan.
- Die Ergebnisse sind über den Gesamthaushalt darzustellen, also inkl. Spezialfinanzierungen.
- Kleinstkörperschaften gemäss Art. 64 a GV reichen anstelle der Tabelle Ergebnisse die Bestätigung gemäss Art. 27 FHDV ein.

Ein entsprechendes Finanzplanungsmodell auf Excel-Basis wurde vom AGR entwickelt und steht im Internet zur Verfügung (www.jgk.be.ch: Amt für Gemeinden und Raumordnung, Gemeinden, Gemeindefinanzen, Praxishilfen, Finanzpläne, Finanzplan für Burgergemeinden). Mit Schreiben vom 12. September 2006 wurde allen Burgergemeinden und burgerlichen Korporationen ein Exemplar zugestellt.

Dieses Hilfsmittel soll den Finanzverantwortlichen die Arbeit erleichtern und zum Beispiel das einfache und rasche Simulieren von Varianten ermöglichen. Der jährlich erstellte Finanzplan ist ein wichtiges Controlling-Instrument, welches über den Finanzhaushalt einer Burgergemeinde Auskunft gibt. Er lässt mögliche finanzielle Schwierigkeiten in Zukunft frühzeitig erkennen, damit notwendige Massnahmen eingeleitet werden können.

Auch im 2007 sollen wieder Kurse zur Finanzplanung durchgeführt werden. Einzelheiten unter www.jgk.be.ch: AGR, Gemeinden.

Im übrigen sei darauf hingewiesen, dass unter www.jgk.be.ch: AGR, Gemeinden zahlreiche weitere wichtige Informationen zu finden sind. Schwergewichtig sind dies Themen zu

- Gemeindereformen (Musterreglemente)
- Gemeindefinanzen (neu bietet das AGR auch Kurse für Finanzplanung für Burgergemeinden an)
- Personalrecht (Musterstellenbeschreibungen, Musterverträge)

Sämtliche Unterlagen können gratis bezogen werden. Das Angebot wird laufend ausgebaut und aktualisiert.

Informations de l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire du canton de Berne (OACOT) ; www.be.ch/communes

Fonds forestiers (fonds d'anticipation et d'exploitation)

Par ISCB No 1/170.111/8.1 du 1er décembre 2004, les communes et les corporations bourgeoises ont été informés du fait qu'il faut utiliser les moyens encore existants dans les fonds de réserve forestiers conformément à leur utilisation précédente. Conformément à la loi cantonale sur les forêts, il n'est en effet plus prescrit aux propriétaires de forêt publique de tenir des fonds de réserve forestiers.

Selon la circulaire ISCB, diverses possibilités sont données aux collectivités. Une période transitoire a été définie : ainsi, **jusqu'au 31.12.2006**, les moyens existants dans les fonds doivent être utilisés en conséquence ou transférés dans un financement spécial (basé sur règlement approuvé).

Difficultés financières des Communes bourgeoises / les prévoir grâce au plan financier !

Depuis l'entrée en vigueur au 1er mai 2005 de l'Ordonnance de Direction sur la gestion financière des communes (ODGFCo), le tableau des «résultats de la planification financière» doit être adressé périodiquement à l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire (OACOT) avant la fin du mois de décembre selon l'art. 64 al. 1 de l'Ordonnance sur les communes (OCo) Selon l'art. 24 de l'ODGFCo, le tableau des "résultats de la planification financière" présente l'évolution, durant la période de base et la période de planification, en tous les cas

- des charges et des revenus,
- des dépenses et des recettes (investissements nets),
- de la fortune nette ou du découvert du bilan,
- du résultat du compte de fonctionnement

Les résultats sont à remettre à l'OACOT jusqu'à fin décembre au plus tard. En outre, les points suivants sont à observer.

- Seule une page de résultat est à remettre à l'OACOT et non pas l'intégralité du plan financier.
- Les résultats sur la gestion globale sont à présenter, y compris les financements spéciaux.
- Selon l'art. 64 s OCo, les petites collectivités remettent en lieu et place du tableau des résultats l'attestation demandée à l'art. 27 de l'ODGFCo. .

Un modèle conforme de plan financier sur base Excel a été élaboré par l'OACOT. Celui-ci est disponible sur Internet à l'adresse (www.jgk.be.ch: Office des affaires communales et de l'organisation du territoire, *Communes, Finances communales, Outils pratiques, Plans financiers, Plan financier pour les communes bourgeoises*). Par courrier du 12 septembre 2006, un exemplaire a été envoyé à toutes les Communes bourgeoises.

Cette aide devrait alléger le travail du responsable des finances et rendre possible par exemple une simulation rapide et simple de variantes. La création du plan financier annuel est un important instrument de contrôle qui renseigne une commune bourgeoise sur la gestion financière et devrait montrer à temps les futures difficultés financières afin de pouvoir y remédier.

Des cours sur la planification financière devraient être à nouveau organisés en 2007. Voir sur le site de l'OACOT www.jgk.be.ch: OACOT, Communes.

Nous vous recommandons le site www.jgk.be.ch: OACOT, Communes sur lequel vous trouverez plusieurs autres informations importantes. Les thèmes actuels sont

- Réformes communales (règlement type)
- Finances communales (l'OACOT propose aussi des cours de planification financière des bourgeoisies)
- Droit du personnel (Description types de postes, Contrats types)

Wichtige Daten / Dates importantes

Datum/Date	Ort/Lieu	Anlass/Rencontre
2. Juni/juin 2007	Kultur-Casino Bern	60 Jahre-Jubiläum unseres Verbandes / Hauptversammlung Jubilé des 60 ans de l' Association / Assemblée générale
22. September/sept- embre 2007	La Heutte	Assemblée générale de l'ABJB
Herbst/automne 2007	Diverse	Regionalversammlungen/Assemblées régionales d'informa- tion
17. Mai/mai 2008	Worben	Hauptversammlung unseres Verbandes Assemblée générale de notre Association

15./16. Juni/juin 2007	Sarnen	Generalversammlung des Schweiz. Verbandes der Bürgerge- meinden und Korporationen (SVBK) Assemblée générale de la Fédération suisse des Bourgeoisies et Corporations
26. Oktober/octobre 2007	Olten	Kurs/Workshop „Archivierung von Akten“ (Rödel, Elektro- nik, etc.); weitere Auskünfte: Andreas Hubacher, Geschäftsfüh- rer SVBK, Bern, Tel. 031 311 14 14; www.svbk.ch
30./31. Mai/mai 2008	Baden	Generalversammlung des Schweiz. Verbandes der Bürgerge- meinden und Korporationen (SVBK) Assemblée générale de la Fédération suisse des Bourgeoisies et Corporations
2009	Thurgau	Generalversammlung des Schweiz. Verbandes der Bürgerge- meinden und Korporationen (SVBK) Assemblée générale de la Fédération suisse des Bourgeoisies et Corporations

Dank und Ausblick

Der Verband Bernischer Bürgergemeinden und Bürgerlicher Korporationen kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Den Mitgliedern wird an dieser Stelle für die Verbandstreue gedankt und es wird auch im kommenden Jahr alles daran gesetzt, die Interessen der bernischen Bürgergemeinden und bürgerlichen Korporationen intensiv zu vertreten.

Remerciements et perspectives

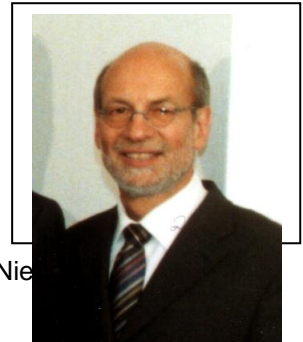
L'Association bernoise des communes et corporations bourgeoises peut porter un regard satisfait sur ses activités de l'année écoulée. Nous profitons de cette occasion pour remercier les membres qui ont prouvé leur fidélité à notre association et nous pouvons les assurer que nous ferons tout ce qui est en notre pouvoir pour représenter intensivement leurs intérêts également dans les années futures.

Regierungsreform im Kanton Bern

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Sehr geehrte Herren Präsidenten der Einwohnergemeinde und der Burgergemeinde Nie

Sehr geehrte Damen und Herren



Ich bedanke mich herzlich für die heutige Einladung. Es ist für mich eine grosse Ehre und Freude, heute vor Ihrem Verband über die „Regierungsreform im Kanton Bern“ zu sprechen.

Mein heutiges Referat ist allerdings mit grossen Risiken verbunden. Als ich die Einladung zur heutigen Tagung angenommen habe, waren mir diese Risiken und Gefahren nicht genügend bewusst. Ich zähle Ihnen diese Risiken kurz auf:

- Das erste Risiko besteht darin, dass es in diesem Saal viele Leute gibt, die vielleicht mehr wissen zur Regierungsreform im Kanton Bern als ich. Ich denke dabei in erster Linie an Ihre Präsidentin, Frau Vreni Jenni-Schmid. Frau Vreni Jenni-Schmid war während Jahren ein sehr aktives Mitglied des Grossen Rates. Sie gehörte zu den führenden Köpfen im Parlament und weiss natürlich ganz genau, wie die Regierung zu reformieren wäre.
- Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die Bürgerinnen und Bürger die Kunst des guten Regierens gewissermassen in den Genen haben. Sie sind die Nachkommen der politischen Führungsschicht im alten Bern. Sie wissen seit Jahrhunderten, wie man gut regiert. Das modische englische Wort „Good Governance“ ist für sie kein Fremdwort. Und sie können auch abschätzen, ob die Regierungsarbeit überhaupt der Reform bedarf.
- Es gibt noch ein zusätzliches Risiko. Als ich meinem guten Kollegen und Freund Andreas Kohli im September 2005 schrieb, ich sei bereit, heute zur Regierungsreform im Kanton Bern zu sprechen, war die Welt gewissermassen noch in Ordnung. Am 9. April 2006 haben Wahlen stattgefunden. Ob die Welt auch heute noch in Ordnung ist, muss ich Ihrem Urteil überlassen. Auf jeden Fall ist ungewiss, ob die neue Regierung über die Regierungsreform dasselbe denkt wie die alte Regierung.

Die Analyse aller dieser Risiken müsste mich eigentlich zum Schluss führen, das heutige Referat vorzeitig zu beenden. Ein solcher vorzeitiger Referatsabbruch könnte allerdings Ihren Unmut hervorrufen. Diesem Risiko will ich mich auch nicht aussetzen. Ich habe mich deshalb entschlossen, das heisse Eisen anzupacken.

Zu Beginn muss ich ein mögliches Missverständnis ausräumen: Ich spreche heute nicht über Verwaltungsreform, auch nicht über die Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung und über die Rolle der Amtsbezirke. Ich spreche über die Regierungsreform.

Am 7. April 2003 beauftragte der Grosse Rat den Regierungsrat, eine Reform seiner Organisation und seiner Tätigkeiten einzuleiten. Oberstes Ziel der Reform müsse die Stärkung der strategischen Führungsrolle des Regierungsrates sein. Der Regierungsrat solle drei Reformmodelle vorlegen. Am 31. März 2004 legte der Regierungsrat einen ersten Zwischenbericht mit acht Reformmodellen vor. Der Regierungsrat hatte seine Aufgabe also mit Elan angepackt. Was tat der Grosse Rat mit der Auswahlendung? Er bezeichnete drei Modelle, die weiter zu bearbeiten seien. Im Januar 2006 behandelte das Parlament einen zweiten Zwischenbericht des Regierungsrates. Es kam zum Schluss, dass die Regierungsreform in erster Linie zu einer Stärkung des Regierungspräsidiums führen müsse.

Soviel zur Vorgeschichte. Ich versuche nun, die grösseren Zusammenhänge der Reformdiskussion darzustellen.

Ich habe mein Referat in drei Teile gegliedert:

1. Was ist eine gute Regierung?
2. Weist das heutige Regierungssystem Mängel auf?
3. Wie kann das heutige Regierungssystem – wenn es Mängel aufweisen sollte – möglichst an das Idealbild der „guten Regierung“ angenähert werden?

Ich komme zum ersten Teil. Wie sieht eine gute Regierung aus?

Die bernische Regierung unterscheidet sich nicht grundsätzlich von anderen Regierungen in demokratischen Staaten. Die Regierung hat keine absolute Macht. Sie ist eingebunden in ein gewaltenteiliges System: Regierung, Parlament und Justiz haben je ihre eigene Rolle wahrzunehmen. Die Regierung wird vom Volk gewählt. Wenn sich die Regierungsmitglieder zu stark vom Willen des Volkes entfernen, können sie nach vier Jahren wieder abgewählt werden. Während ihrer Amtsdauer untersteht die Regierung überdies der Kontrolle des Parlaments. Von grosser Bedeutung ist auch die Verfassung. Die Verfassung legt fest, welche Kompetenzen und Aufgaben die Regierung hat. Die Verfassung sagt, dass der Regierungsrat unter Vorbehalt der Zuständigkeiten des Grossen Rates die Ziele des staatlichen Handelns bestimmt. Beim Regierungsrat liegt die primäre Führungsrolle bei der Planung der staatlichen Arbeiten, bei der Bündelung der Kräfte der Verwaltung und bei der Koordination der Aufgabenerfüllung mit dem Bund und mit anderen Kantonen. Der Regierungsrat sollte im Sinne der „Früherkennung“ Probleme rechtzeitig orten, die Entwicklung in Staat und Gesellschaft vorausschauend beurteilen und rechtzeitig die erforderlichen Massnahmen treffen oder vorschlagen.

Die Regierung ist auf Stabilität, Integration und Ausbalancierung der politischen Kräfte angelegt. Die Regierung muss aber auch innovativ sein.

Die Verfassung verknüpft das Kollegial- mit dem Departementalprinzip. Jedes Regierungsmitglied ist Chefin oder Chef einer Direktion und soll die Anliegen der Direktion vertreten. Gleichzeitig sind die Regierungsmitglieder Teil des Regierungskollegiums und müssen in der Lage sein, die Anträge der Direktionen aus einer Gesamtsicht heraus wieder abzuändern oder zu verbessern. Regierungsmitglieder tragen demnach mehrere

Hüte gleichzeitig. Das macht die Regierungsarbeit anforderungsreich. Was zeichnet gute Regierungen aus? Ich erwähne nur einige Stichworte:

- *Strategiefähigkeit*: Regierungen müssen langfristige und grossräumige Entwicklungstendenzen erkennen. Sie müssen Innovationen einleiten können, auch gegen Widerstände.
- *Vernetzung mit der Aussenwelt*: Erfolgreiches Handeln im eigenen Kanton setzt zunehmend enge Kooperation mit andern Kantonen und mit dem Bund voraus. Nur wer die Entwicklung der Probleme auf mehreren Ebenen zugleich begleitet und begreift, kann im eigenen Verantwortungsbereich erfolgreich sein.
- *Zusammenspiel der politischen Kräfte*: Konfliktlinien innerhalb von Regierungsgremien verlaufen weniger häufig, als es Aussenstehende vermuten könnten, entlang den parteipolitischen Grenzen. Dennoch ist eine Regierung nur dann produktiv, wenn es ihr gelingt, die politische Minderheit massgebend zu beteiligen. Es handelt sich hier um ein Kernstück der Regierungskunst.
- *Gesprächskultur und Wirkungsorientierung*: Das Regierungskollegium muss sich mit divergierenden Auffassungen auseinandersetzen. Entscheide müssen vielleicht in mehreren Sitzungen reifen. Dennoch darf das Ziel, fristgerecht Wirkung zu erzielen, nicht verfehlt werden.
- *Durchsetzungskraft*: Regierungen müssen sich in einem immer komplexer werdenden Umfeld durchsetzen. Dies gilt nicht zuletzt gegenüber der Verwaltung. Dies gilt aber auch gegenüber zahlreichen Interessengruppen, die jeweils nur ihre eigene Position maximal verwirklicht sehen möchten.
- *Kommunikationsfähigkeit*: Die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den gesellschaftlichen Gruppen und mit dem Parlament gehört zu den grundlegenden Herausforderungen für das Regierungskollegium. Regierungen müssen erklären können, weshalb sie etwas tun. Dabei spielt auch das Öffentlichkeitsprinzip eine wichtige Rolle. Regierungen müssen auch überzeugen können.

Wir alle kennen die magische Anziehungskraft, die von englischen Wörtern ausgeht. Zu diesen englischen Wörtern gehört „Good Governance“. Was ist damit gemeint? Mit Good Governance ist ein gutes Steuerungs- und Regelungssystem eines Staates oder einer Organisation gemeint. Zu den guten Prinzipien für die erfolgreiche Steuerung heutiger Gesellschaften gehören Begriffe wie Demokratie, Gerechtigkeit, Transparenz, Verantwortlichkeit, Rechtsstaat, Effizienz, Marktwirtschaft. Regierungen haben dazu beizutragen, dass die Kernelemente der „Good Governance“ realisiert werden können. Ich habe von den englischen Wörtern mit grosser Anziehungskraft gesprochen. Dazu gehört auch das Wort „Leadership“. Was ist mit Leadership gemeint? Leadership meint jene Überzeugungskraft, die herausragenden politischen Persönlichkeiten mit hohen charakterlichen Qualitäten und visionären Zügen eigen ist. Leadership beruht auf persönlicher Exzellenz. Sie verstehen mich richtig: Erwünscht sind nur Leader mit gutem Charakter. Mit Leadership gelingt es, Menschen in Organisationen geistig und emotional für eine Zukunftsvision zu gewinnen. Im Idealfall zeigen nicht nur einzelne Persönlichkeiten, sondern ganze Regierungskollegien Leadership. Leadership unterscheidet sich von gutem Management. *Leadership shapes the future, management delivers it.* Leadership nimmt prägenden Einfluss auf künftige Entwicklungen, Management setzt diese politischen Vorentscheide um. In der Regierung sind deshalb nicht nur Manager, sondern in erster Linie Leader gefragt. Jetzt habe ich Ihnen lange genug in zwei Sprachen das Idealbild der Regierung entwickelt. Jetzt komme ich zum zweiten Teil meines Referats, zu den Mängeln.

Weist das heutige Regierungssystem Mängel auf?

Bevor ich mich zu den möglichen Mängeln der Regierung und zum Reformbedarf äussere, möchte ich einen Satz des früheren amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman zitieren. Truman hat nach seiner Zeit als Präsident der Vereinigten Staaten Vorlesungen an der Columbia University gehalten und dabei den folgenden Satz geprägt: „Wann immer man eine effiziente Regierung hat, ist es eine Diktatur“. Was ist mit diesem Satz gemeint? Regierungsarbeit in der Demokratie ist langsam, schwierig und widersprüchlich. Wer sich nur an der Effizienz orientiert, vergisst, dass Demokratie auf Zuhören, Dialog und Ueberzeugungsarbeit beruht. Die Suche nach guten Lösungen braucht Zeit. Manchmal führt nur ein Umweg zum Ziel. Es besteht allerdings in verschiedenen Bereichen Reformbedarf für die Regierungsarbeit. Ich nenne nur einige kritische Punkte:

- Regierungsmitglieder müssen sich stärker vom Termindruck und von der Tagesaktualität lösen. Gute Regierungsarbeit ist auf Reflexion angewiesen. Die Regierungsarbeit kann in vielen Bereichen optimiert werden. Diese *Optimierungsarbeit* darf nicht gering geschätzt werden. Optimierungsmassnahmen in zahlreichen Bereichen können in der Summe zu einer beachtlichen Verbesserung der Regierungsarbeit führen. Zu den Optimierungsmassnahmen gehören im Sinne von Stichworten folgende Aspekte: Reduktion der Zahl der Regierungsgeschäfte, Delegation von weniger wichtigen Fragen an untergeordnete Einheiten, Straffung der Verfahren und des Papierausstosses der Verwaltung, einfachere Prozesse der Entscheidvorbereitung, bessere Ausschöpfung neuer Technologien, bessere Nutzung der bestehenden Steuerungsinstrumente (Voranschlag, Aufgaben- und Finanzplan), Überprüfung des Vernehmlassungs- und des Mitberichtsverfahrens.
- Eine besondere Bedeutung kommt den Controllingprozessen zu. Gemeint ist eine bessere Steuerung. Ein besseres *Controlling* auf der obersten Führungsebene könnte die Qualität der Planung verbessern und sicherstellen, dass die Zielsetzungen und die vorgesehenen Massnahmen auf allen Führungsstufen umgesetzt werden. Ein solches Controlling auf Regierungsstufe müsste komplexen Anforderungen genügen. Es geht nicht nur um Steuerungsvorgaben innerhalb der Zentralverwaltung. Es wäre auch eine bessere Steuerung der sogenannten „anderen Träger öffentlicher Aufgaben“ sicherzustellen. Mit dem Regierungscontrolling ist zudem ein übergreifendes Risikomanagement angesprochen.
- Zur Regierungsreform gehört auch die *Stärkung des Regierungspräsidiums*. Die Verfassung hält sich mit Vorschriften zur Ausgestaltung des Regierungspräsidiums zurück. Sie lässt namentlich die Frage der Wiederwahlbarkeit und der Amtsdauer offen. Der Grosse Rat hat bei der Behandlung des zweiten Zwischenberichts zur Regierungsreform eine Stärkung des Regierungspräsidiums gewünscht. Der Regierungsrat wird sich dieser Frage annehmen. Ein mehrjähriges Regierungspräsidium wäre mit verschiedenen Vorteilen verbunden. Die präsidiale Führung könnte stärker koordinierend auf das Gremium einwirken. Auch die Repräsentationsfunktion könnte bei einem länger dauernden Präsidium gestärkt werden. Eine Verlängerung des Regierungspräsidiums könnte aber auch mit Nachteilen verbunden sein. Im Kollegium sind verschiedene – insbesondere auch parteipolitische und regionale – Vertretungsansprüche abgedeckt. Würde das Präsidium entscheidend gestärkt, könnten Störungen des Gleichgewichts im Kollegium die Folge sein.

Ich komme damit zum dritten Teil meines Referats: Wie kann das heutige Regierungssystem möglichst an das Idealbild der „guten Regierung“ angenähert werden?

Ich möchte hier zuerst an eine alte Weisheit erinnern: Gut Ding will Weile haben. Das heisst nicht, dass die Reform verzögert werden soll. Aber sie muss reifen. Der Grosse Rat hat in der Januarsession 2006 den zweiten Zwischenbericht des Regierungsrates zur Regierungsreform behandelt. Er hat dabei gewünscht, dass dem Parlament in der ersten Session des Jahres 2007 ein dritter Zwischenbericht vorzulegen ist. Wir stehen nun vor einem Wechsel der Legislatur. In wenigen Tagen – anfangs Juni – wird der Regierungsrat in neuer Zusammensetzung seine Arbeit aufnehmen. Er wird sich sehr rasch mit den strategischen Geschäften der neuen Legislatur befassen müssen: Richtlinien der Regierungspolitik, Voranschlag 2007, Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2008 bis 2010. Zu den strategischen Geschäften gehört auch die Regierungsreform. Der Regierungsrat wird auch in der Frage der Regierungsreform eine Grundsatzdiskussion und eine Standortbestimmung vornehmen müssen. Ich kann und will seinen Entscheid zum weiteren Vorgehen nicht vorwegnehmen.

Aus der Sicht des Stabschefs möchte ich auf zwei Aspekte besonders hinweisen:

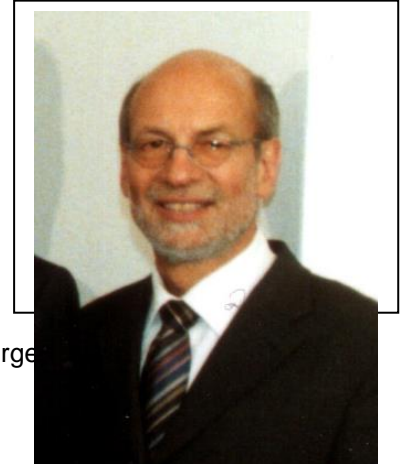
Reformarbeit ist, wenn sie nachhaltig sein soll, mit harter Arbeit verbunden. Tragfähige Reformen brauchen Zeit und müssen in den Köpfen der Regierungsmitglieder verankert werden. Auch das Parlament muss von den Reformen überzeugt werden. Die grossen Probleme der Zukunft des Kantons können letztlich nur gemeinsam von Regierung und Parlament gelöst werden. Beide Organe müssen sich modernisieren. Beide Organe müssen ihre Strukturen und Prozesse überprüfen. Ich bin der Meinung, dass sowohl der Regierungsrat wie auch der Grosse Rat je in ihrer spezifischen Rolle gestärkt werden müssen. Es gibt also keine Regierungsreform zu Lasten des Parlaments oder umgekehrt. Es geht nicht um Machtzuwachs des einen Organs zu Lasten des andern. Sondern es geht um die wirkungsvolle und sachgerechte Erfüllung der öffentlichen Aufgaben im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Dies muss das oberste Ziel der Reformarbeit sein.

Ich habe mir natürlich überlegt, ob es nicht auf einen einfacheren Weg gibt, um die Reformen zu anzupacken. Dabei habe ich an die reichen Erfahrungen gedacht, über die die bernischen Bürgergemeinden verfügen. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Kunst des guten Regierens gewissermassen in den Genen. Ich habe das am Anfang meines Referats erwähnt. Sie wissen seit Jahrhunderten, wie man gut regiert. Man könnte einfach die Bürger fragen, wie die Regierungsreform anzupacken ist. Ein solches Vorgehen könnte uns von eigener Denkarbeit entlasten. Die Bürger haben schliesslich Regierungserfahrung gesammelt im grossen alten Bern, das noch die Waadt und Teile des heutigen Aargaus umfasste. Der Historiker und frühere Waadtländer Bundesrat Georges-André Chevallaz hat das aristokratische Bern des 18. Jahrhunderts einmal als „Beispiel einer ehrlichen und gerechten Staatsführung in relativer Freiheit“ bezeichnet. Er verglich dabei Bern mit den europäischen Monarchien der damaligen Zeit. Was können wir heute mehr wollen als eine ehrliche und gerechte Staatsführung in relativer Freiheit? Dabei sind wir uns ehrlicherweise bewusst, dass das alte Bern im 18. Jahrhundert noch viele Schritte entfernt war von diesem Idealbild der gerechten Staatsführung.

Auch im heutigen Bern sollen sich die Regierenden bei der Lösung der kleinen Probleme die grossen Ideale der Freiheit und der Gerechtigkeit vor Augen halten. Wer ein Regierungsamt anstrebt, darf nicht nur ein Techniker der Macht sein. Gefragt sind vielmehr Charakterfestigkeit, prospektives Denken und jenes Ethos, das in allen Zeiten die guten von den schlechten Herrschern unterschied. Es muss unser Ziel sein, die besten Frauen und Männer für ein Regierungsamt zu gewinnen. Dies setzt voraus, dass wir alle unsere staatsbürgerliche Verantwortung wahrnehmen. Sonst haben wir jene Folgen zu tragen, auf die uns schon Platon hingewiesen hat. Platon sagte vor mehr als 2000 Jahren, dass nur Philosophen Herrscher sein sollen, da nur sie das nötige Wissen um die Idee des Guten haben. Und Platon sagte weiter: Diejenigen, die zu klug sind, sich in der Politik zu engagieren, werden dadurch bestraft, dass sie von Leuten regiert werden, die dümmer sind als sie selbst.

Allocution du Prof. Dr. Kurt Nuspliger, Chancelier du canton de Berne, à l'occasion de l'assemblée générale à Niederbipp, 20 mai 2006 (la version originale fait foi):

Réforme du Gouvernement du canton de Berne



Madame la Présidente,

Messieurs les Présidents des communes municipales et de la commune bourgeoise

Mesdames, Messieurs,

Je vous remercie vivement de votre invitation d'aujourd'hui. C'est pour moi un grand honneur et une joie de parler devant votre société de la «Réforme du gouvernement dans le canton de Berne».

Mon exposé d'aujourd'hui n'est pas dénué de risques. Lorsque j'ai accepté l'invitation à cette séance, je ne pressentais pas suffisamment ses risques et ses dangers. Je vous en cite quelques uns:

- Le premier de ces risques consiste dans le fait que de nombreux auditeurs dans cette salle sont peut-être mieux au courant que moi sur la réforme du gouvernement. Je pense en premier lieu à leur présidente, Mme Vreni Jenni-Schmid, qui fut pendant de nombreuses années un membre très actif du Grand Conseil. Elle a appartenu aux têtes pensantes du Parlement et sait bien entendu très exactement comment le gouvernement se doit d'être réformé.
- Un autre risque est que les bourgeois et les bourgeoises ont probablement en quelque sorte l'art de bien gouverner dans les gènes. Ils sont les descendants de l'art politique de la classe dirigeante. Ils savent depuis des siècles comment bien gouverner. L'expression anglaise «Good Governance» n'est pour eux pas une notion étrangère. Ils savent de surcroît évaluer si la tâche de diriger doit en fait nécessiter une réforme.
- Reste encore un dernier risque. Lorsque j'ai écrit en septembre 2005 à mon estimé collègue et ami Andreas Kohli que j'étais prêt à parler aujourd'hui de la réforme du gouvernement dans le canton de Berne, tout allait bien dans le meilleur des mondes. Les élections ont eu lieu le 9 avril 2006. Même si le monde ne va pas plus mal qu'à l'époque, je dois leur laisser le choix du vote. Quoiqu'il en soit, il n'est pas certain que le nouveau gouvernement pense la même chose que l'ancien sur la réforme.

L'analyse de tous ces risques devrait en fait m'amener à terminer précocement mon exposé d'aujourd'hui. Une telle interruption ne pourrait que donner cours à quelques mauvaises humeurs. Je ne vais pas m'y risquer. Je me décide donc d'affronter la situation.

Pour commencer, je vais tenter de dissiper un malentendu: je ne vais pas parler aujourd'hui d'une réforme administrative, pas non plus de la réforme d'une administration cantonale décentralisée ni sur le rôle des districts, mais de la réforme du gouvernement.

Le 7 avril 2003, le Grand Conseil demanda au Conseil-exécutif d'introduire une réforme de son organisation et de ses activités, Le but principal de la réforme devait être le renforcement du rôle stratégique du gouvernement. Le Conseil-exécutif était chargé de formuler trois propositions de modèles de réformes. Le 31 mars 2004, le gouvernement a présenté un premier rapport intermédiaire avec huit modèles de réformes. Le Conseil-exécutif a donc commencé sa tâche avec élan. Qu'a donc fait le Grand Conseil? Il désigna trois modèles à étudier. En janvier 2006, le Parlement a traité d'un deuxième rapport intermédiaire du gouvernement, parvenant à la conclusion que la réforme devait servir en premier lieu à un renforcement de la présidence du Conseil-exécutif. Voilà pour les antécédents. Je vais tenter de présenter les rapports les plus importants du débat sur la réforme.

Mon exposé est divisé en trois parties:

4. Qu'est-ce qu'un bon gouvernement?
5. Le système actuel de gouvernement accuse-t-il quelques lacunes?
6. Si lacunes il y a, comment le système gouvernemental d'aujourd'hui peut-il atteindre l'image idéale d'un «bon gouvernement»?

Venons-en à la première question. De quoi à l'air un bon gouvernement?

Le gouvernement bernois ne se différencie pas fondamentalement d'autres gouvernements de pays démocratiques. Le gouvernement n'a pas de pouvoir absolu. Il est intégré dans un système de séparation des pouvoirs: le gouvernement, le parlement et la justice ont leur propre rôle à jouer. Le gouvernement est élu par le peuple. Lorsque les membres du gouvernement s'éloignent trop de la volonté du peuple, ils peuvent être sanctionnés tous les quatre ans en n'étant pas réélus. Au cours de son mandat, le gouvernement est de surcroît sous le contrôle du parlement. La constitution est également d'une importance capitale. Elle fixe les compétences et les tâches du gouvernement. La constitution dispose que, sous réserve des compétences du Grand Conseil, le Conseil-exécutif fixe les objectifs de l'activité de l'Etat. Le rôle premier du Conseil-exécutif consiste dans la planification des travaux de l'Etat, en réunissant les forces de l'administration et en coordonnant l'accomplissement des tâches avec la Confédération et les autres cantons. Le gouvernement doit savoir d'emblée localiser les problèmes, prévoir le développement de l'Etat et de la société et définir à temps, puis proposer les mesures à prendre. Le gouvernement est tenu à la stabilité, à l'intégration et à l'équilibre des forces politiques, tout en demeurant ouvert à l'innovation. La constitution définit les rôles des différentes Directions cantonales tout en posant le principe de la collégialité. Chaque membre du gouvernement mène une Direction et doit représenter les souhaits de celle-ci. Simultanément, les membres du gouvernement font partie du collège de leurs membres et doivent être en mesure d'étudier les propositions des

directions afin de pouvoir les modifier ou les améliorer. C'est ainsi qu'ils doivent être polyvalents, ce qui rend le travail plus exigeant. Qu'est-ce qui marque les bons gouvernements? Je me contenterai de vous en évoquer quelques caractéristiques.

- *Capacité de stratégie*: les gouvernements doivent savoir reconnaître les tendances évolutives globales. Ils doivent lancer des innovations, parfois contre certaines réticences.
- *Interconnexions avec le monde extérieur*: agir avec succès dans son propre canton requiert toujours plus une étroite collaboration avec les autres cantons et la Confédération. Le succès n'est au rendez-vous que si l'on sait appréhender les problèmes et comment les résoudre à plusieurs niveaux, tout en agissant dans son propre domaine de responsabilité.
- *Interdépendance des forces politiques*: Les relations conflictuelles au sein des cercles gouvernementaux sont plus rares que les profanes pourraient le croire, le long des limites des partis politiques. Cela dit, un gouvernement ne peut être productif que s'il peut parvenir à faire participer la minorité politique. C'est le fondement de l'art de gouverner.
- *Culture du dialogue et vision d'action*: le collège du gouvernement est confronté à des opinions différentes. Les décisions doivent mûrir parfois en plusieurs séances. Quoiqu'il en soit, le but d'aboutir à un résultat dans les délais ne doit pas être perdu de vue.
- *Force d'application*: les gouvernements doivent évoluer dans un environnement toujours plus complexe. Et pas seulement sur le plan administratif. Cela vaut aussi à l'encontre de nombreux groupes d'intérêts qui veulent aussi imposer le plus possible leur position.
- *Capacité de communication*: la communication avec les citoyennes et les citoyens, avec les groupes d'intérêts et le Parlement appartient aux conditions primordiales de l'action d'un collège gouvernemental. Les gouvernements doivent pouvoir expliquer pourquoi ils font les choses. Le principe de publicité joue à cet égard un rôle important. Les gouvernements doivent être capables de convaincre.

Nous connaissons la force d'attraction de la formule anglaise de «Good Governance». De quoi parle-t-on? La bonne gouvernance, c'est un bon système de direction et de réglementation d'un Etat ou d'une organisation. En ce qui concerne les bons principes de direction de nos sociétés d'aujourd'hui, les termes valables sont la démocratie, la justice, la transparence, la responsabilité, l'Etat de droit, l'efficacité, l'économie de marché. Les gouvernements doivent contribuer à réaliser les éléments-clés de la bonne gouvernance. Pour rester aux anglicismes si prisés, le mot «leadership» me vient à l'esprit. Le leadership signifie une force de persuasion propre à des personnalités politiques animés de grandes qualités visionnaires et de caractère. Cette autorité repose sur des qualités personnelles exceptionnelles. Je pense que vous me comprenez. Il faut allier la force de caractère à l'autorité. Il s'agit de convaincre les membres d'une collectivité d'agir pour une vision d'avenir. Dans un modèle idéal, il ne s'agit pas seulement de personnalités isolées, mais de tous les collègues d'un gouvernement qui exercent ce rôle. Le leadership se distingue de la bonne gestion. *Leadership shapes the future, management delivers it*. Le leadership prend de plus en plus d'influence sur les réalisations future. La bonne gestion met en oeuvre les décisions politiques. Dans un gouvernement, on ne recherche dès lors pas que des managers, mais en premier lieu des leaders.

Je vous ai parlé assez longtemps dans deux idiomes de l'image idéale du gouvernement. J'en viens à la seconde partie, celle qui évoque les lacunes.

Le système gouvernemental d'aujourd'hui présente-t-il des lacunes?

Avant d'exposer les possibles lacunes du gouvernement et le besoin de réformes, je tiens à vous citer une parole de l'ancien président des Etats-Unis, Harry S. Truman. Après avoir quitté ses fonctions présidentielles, Truman a donné des cours à l'Université de Columbia, répétant souvent: «Si un pays a un régime efficace, c'est une dictature». Que doit-on comprendre par cette formule? Le travail gouvernemental en démocratie est une tâche longue, difficile et contradictoire. Si l'on ne veut parler que d'efficacité, on oubliera que la démocratie se fonde sur l'art d'écouter, le dialogue et le travail de persuasion. La recherche de bonnes solutions prend du temps. Un détour est parfois nécessaire pour arriver au but. Certains domaines du travail gouvernemental demandent des réformes. Je cite quelques points critiques.

- Les membres du gouvernement doivent mieux pouvoir se libérer des contraintes des délais et de l'actualité du jour. Un bon travail de gouvernement est fondé sur la réflexion et peut dans de nombreux domaines être optimisé. Ce *travail d'optimisation* ne doit pas être minimisé et est possible dans de nombreux domaines. Des mesures d'optimisation doivent donc améliorer le travail gouvernemental, sous les aspects suivants: réduction du nombre des affaires, délégation de problèmes moins importants à des unités secondaires, condensation des procédures et de la paperasserie administrative, simplification des procédés de prises de décision, amélioration du recours aux nouvelles technologies, optimisation de l'exploitation des instruments de contrôle (budget, plan financier et planification des tâches), surveillance de la procédure de consultation et de corapport.
- Une attention particulière doit être accordée aux procédés de contrôles de gestion (*Controlling*). Il faut donc améliorer les contrôles à haut niveau, de manière à optimiser la qualité de la planification et assurer la mise en oeuvre des objectifs et des mesures prises à tous les échelons. Un tel contrôle au niveau gouvernemental devrait pouvoir répondre à des exigences complexes. Il ne s'agit pas seulement d'imprimer une direction au sein de l'administration centrale. Il s'agit aussi de mieux piloter les organisations assumant des tâches publiques. Grâce au contrôle gouvernemental, il s'agit enfin de garantir une gestion globale des risques.
- La réforme du gouvernement doit aussi comprendre le *renforcement de la présidence*. La Constitution est discrète quant aux prescriptions visant la présidence du gouvernement. Elle laisse notamment ouverte la question de la possibilité de réélection et de la durée du mandat. Lors du traitement du deuxième rapport intermédiaire sur les réformes, le Grand Conseil a souhaité une consolidation de la présidence du gouvernement. Le Conseil-exécutif traitera la question. Une présidence de plusieurs années serait à certains égards judicieuse. La présidence pourrait ainsi coordonner davantage le collège gouvernemental. La fonction de représentation se verrait aussi renforcée par une présidence à plus long terme. Mais une prolongation de la présidence du gouvernement pourrait néanmoins entraîner des désavantages. Plusieurs revendications de se voir représenté au gouvernement, en particulier de la part de la politique partisane ou régionale, sont prises en considération dans la composition du Conseil-exécutif. Si la présidence était renforcée de manière conséquente, des troubles dans l'équilibre du collège pourraient en être la conséquence.

J'en viens à la troisième partie de mon exposé. Comment le système de gouvernement d'aujourd'hui peut le mieux se rapprocher d'une image idéale de «bon gouvernement»?

Je tiens tout d'abord à exprimer un vieil adage: les bonnes choses prennent du temps pour mûrir. Cela ne veut pas signifier que la réforme doit attendre, mais bien plutôt mûrir. Le Grand Conseil a traité lors de sa session de janvier 2006 le deuxième rapport intermédiaire du Conseil-exécutif sur la réforme du gouvernement. Il a souhaité que le gouvernement lui présente un troisième rapport intermédiaire lors de la première session de 2007. Nous sommes maintenant au seuil d'un changement de législature. Dans quelques jours, début juin, le Conseil-exécutif commencera son travail dans une nouvelle composition. Il va devoir se pencher très vite sur les affaires stratégiques de la nouvelle législature, notamment les directives de la politique du gouvernement, le budget 2007, le plan des tâches et de financement pour les années 2008 à 2010. La réforme du gouvernement appartient aussi aux tâches stratégiques. Le Conseil-exécutif devra engager un débat de fond et désigner des tâches. Je ne peux ni ne veux lui dicter sa décision pour l'avenir. En tant que chef d'état-major, je tiens toutefois à souligner deux aspects:

le travail de réforme est un travail rude, s'il veut être durable. Des réformes plausibles ont besoin de temps et doivent mûrir chez les membres du gouvernement. Le Parlement doit lui aussi être convaincu du bien-fondé des réformes. Les grands problèmes de l'avenir pour le canton ne peuvent se résoudre finalement qu'avec l'accord entre le gouvernement et le parlement. Les deux organes doivent se moderniser. Les deux organes doivent revoir leurs structures et leur processus de fonctionnement. Je suis d'avis que les rôles spécifiques du Conseil-exécutif et du Grand Conseil doivent être renforcés. Il n'y a pas de réforme du gouvernement au détriment du Parlement, ni réciproquement. Il n'y a pas de croissance du pouvoir d'un organe à la charge de l'autre. Il s'agit de remplir les tâches publiques de manière pertinente et effective dans l'intérêt des citoyennes et des citoyens. C'est cela qui doit demeurer le but ultime du travail de réforme.

Je me suis demandé s'il n'existait pas de voie plus simple pour appréhender le problème des réformes. J'ai songé à la riche expérience des communes bourgeoises. Les bourgeois et les bourgeoises ont quasiment l'art de la bonne gouvernance dans les gènes. Je l'ai dit au début de mon exposé. Vous savez depuis des siècles comment bien gouverner. On pourrait tout simplement demander aux bourgeois comment aborder la réforme gouvernementale. Une telle démarche pourrait nous délester d'un travail intellectuel. Les bourgeois ont rassemblé une expérience gouvernementale dans l'Ancien Régime bernois, qui comprenait encore Vaud et une partie de l'Argovie actuelle. L'historien vaudois et ancien Conseiller fédéral Georges-André Chevallaz a décrit la Berne aristocratique du XVIII^e comme étant un «exemple d'une direction d'Etat honnête et juste dans une relative liberté». Il compara alors Berne avec les monarchies européennes de l'époque. Qu'est-ce que nous pouvons aujourd'hui vouloir de mieux qu'une direction d'Etat honnête et juste dans une relative liberté? Nous sommes néanmoins conscients, honnêtement, que l'Ancien Régime du XVIII^e siècle était quelque peu éloigné de l'image idéale de la gestion juste d'un Etat.

Dans la Berne d'aujourd'hui, les gouvernants doivent également considérer les grands idéaux de la liberté et de la justice pour résoudre les petits problèmes. Si l'on veut assumer une fonction gouvernementale, il ne faut pas se contenter d'être un technicien du pouvoir. Les qualités requises sont le caractère, la pensée prospective et l'éthique, qui ont de tout temps séparé les bons gouvernants des mauvais. Ce doit être notre but de gagner les meilleures femmes et les meilleurs hommes pour une fonction gouvernementale, ce qui implique de prendre à cœur notre responsabilité étatique. Nous devrions sinon subir les conséquences que Platon nous a indiquées. Il y a plus de 2000 ans, Platon disait que seuls les philosophes devaient être les maîtres, qu'eux seuls pouvaient avoir le savoir et les idées nécessaires à ce qui est bien. Platon dit aussi que les trop intelligents qui s'engagent en politique seront punis d'être régis par des gens plus bêtes qu'eux-mêmes.

Verband Bernischer Finanzverwalter (VBF); Untergruppe Bürgergemeinden www.begem.ch/vbf

Die Finanzverwalter/Finanzverwalterinnen der Bürgergemeinden und Korporationen bilden eine Interessengemeinschaft innerhalb des VBF. Periodische Informationen und/oder Kursausschreibungen werden jeweils im Internet veröffentlicht (www.begem.ch; vbf/abf; Aktuelles; Bürgergemeinden).

Es besteht jederzeit die Möglichkeit einer Mitgliedschaft; für Beratungen und Informationen wenden Sie sich bitte an

Herrn
René Lehmann
Bürgergemeinde Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach
Telefon G: 031 322 73 80, P: 034 445 33 77
e-mail: info@bglyssach.ch

Herr R. Lehmann nimmt auch Ihre Anmeldung zur Mitgliedschaft Bürgergemeindegassiere/-kassiererinnen entgegen.



Anmeldung zur Mitgliedschaft Bürgergemeindegassiere/-kassiererinnen

Bürgergemeinde

Bürgerliche Korporation

Adresse

PLZ, Ort

Name/Vorname

Bürgergemeindegassier /-kassiererinnen

Tel. P. Tel. G. e-mail

Senden an: Herrn René Lehmann, Bürgergemeinde Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach

Association bernoise des administrateurs des finances (ABF); www.begem.ch/abf

Vous avez reçu en juin 2003 les informations détaillées sur la création d'un sous groupe de l'ABF (en qualité de membres pour les caissiers et caissières de bourgeoisies) **Les administrateurs / trices des finances des communes bourgeoises représentent une communauté d'intérêt au sein de l'ABF**. La possibilité d'être membre existe en tout temps. Pour des conseils et des informations complémentaires, veuillez vous adresser à

Monsieur
René Lehmann
Commune bourgeoise de Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach
Telephone prof.: 031 322 73 80, privé: 034 445 33 77
e-mail: info@bglyssach.ch

Monsieur R. Lehmann prend également en considération vos demandes d'admissions de caissiers et caissières de bourgeoisies en qualité de membres.



Inscription en qualité de membre de caissier / caissière de bourgeoisie

Commune bourgeoise

Corporation bourgeoise

Adresse

.....

Nom/prénom
Caissier/Caissière de bourgeoisie

Tél. e-mail

Envoyer à Monsieur René Lehmann, Commune bourgeoise de Lyssach, Kirchbergstrasse 1, 3421 Lyssach